
Teil I

Einführende Worte von Hermann Veith

Im Jahr 2011 wurde die Georg-Christoph-Lichtenberg Gesamtschule Göttingen-Geismar mit dem Deutschen Schulpreis ausgezeichnet. Unter den zur Preisverleihung eingeladenen Gästen befand sich auch der ehemalige Schulleiter Peter Brammer. Er hatte die Schule von 1975 bis 2002 fast drei Jahrzehnte lang umsichtig geführt und mit seiner unermüdlichen pädagogischen Energie nachhaltig in die Erfolgsspur gesetzt. Auch wenn er stets betont, dass sich die Schule von Anfang an als Teamschule verstand und es deshalb vermessen wäre, einzelne Konzepte mit bestimmten Personen zu identifizieren, ist in Vielem was die Schule heute ausmacht, Peter Brammers Handschrift zu erkennen.

In dem vorliegenden Band, der nicht grundlos im Cuvillier Verlag Göttingen erscheint, werden die ersten Planungsentwürfe aus den Jahren 1970 und 1971 dokumentiert. Peter Brammer gehörte damals zu der Initiativgruppe, die am 16. März 1970 im „Sozioökonomikum“ auf dem Campus der Georg-August-Universität den „Arbeitskreis Gesamtschule“ gründete. Seine Vorstellungen, wie die neue Schule aussehen könnte, skizzierte er in einem ersten Grundsatzpapier unter der behutsam gewählten Überschrift „Entwurf eines Strukturplanes für das Gesamtschulprojekt Göttingen-Geismar“ im Oktober 1970. Dem Entwurf folgte ein Jahr später ein ausformuliertes Konzept, in dem Peter Brammer, der zwischenzeitlich zum Leiter der eingerichteten Planungsgruppe avancierte, darlegte, wie eine nach erziehungswissenschaftlichen Erkenntnissen eingerichtete und nach pädagogischen Einsichten ausgestaltete Integrierte Gesamtschule am Standort Göttingen aufgebaut und entwickelt werden könnte.

Die entscheidenden praktischen Anregungen erhielt er aus seiner beruflichen Arbeit als Lehrer an mehreren Schulen und Schulformen. Theoretisch ließ er sich im Rahmen seiner berufsbegleitenden Studien am Pädagogischen Seminar inspirieren, wo er als „Gasthörer“ an den von Heinrich Roth, Hartmut von Hentig und Hans Martin Stimpel geleiteten Lehrveranstaltungen über „Schulreform“ und „Gesamtschulentwicklung“ teilnahm. Mit der Genauigkeit des Erziehungswissenschaftlers und dem praktischen Sinn des Pädagogen verfasste er schließlich den hier vorliegenden „Konzeptentwurf für eine Gesamtschule für Göttingen“, den er selbst als Orientierungsrahmen für die Planungsgruppenarbeit verstand. Gleichzeitig reichte er die Schrift im Dezember 1971 als Diplomarbeit an der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen,

Abt. Göttingen, ein. Die Rückmeldungen waren überzeugend und der Text, der nachfolgend in unveränderter Form erscheint, zeigt Brammers Anteil an der Konzeptentwicklung der Geismarer IGS.

Mit dem Abstand von vier Jahrzehnten erscheint die Schrift als ein zeithistorisches Dokument bundesdeutscher Schulreform und regionaler Schulentwicklung. Getragen von der damals wirkmächtig gewordenen Leitidee der Emanzipation durch Bildung stellt Peter Brammer die Frage, wie sich die großen Reformziele einer auf Modernisierung ausgerichteten Bildungspolitik – Chancengleichheit, Integration und Demokratisierung – in organisatorische Strukturen, institutionelle Handlungsformen und pädagogische Praktiken überführen lassen. Schon diese ambitionierte Fragestellung macht deutlich, dass die Akteure wussten, dass es eben nicht nur um eine IGS für Göttingen ging, sondern um ein Schulmodell, das die bundesdeutsche Schullandschaft verändern könnte. Auch deshalb ist es bemerkenswert, dass sich Peter Brammer in seiner Argumentation gerade nicht auf damals wieder in Mode kommende reformpädagogische Erziehungslehren des frühen 20. Jahrhunderts bezieht, sondern sich konsequent auf empirische Forschungsbefunde beruft und stützt. Weil eine zu frühe Leistungsdifferenzierung nachweislich soziale Selektionseffekte begünstigt, so die Begründung, müsste das Schulsystem, um demokratischen Ansprüchen zu genügen, auf integrativen Organisationsmodellen aufbauen. Wenn die Schülerschaft an den integrierten Sekundarschulen heterogen ist, müssen Gruppenbildungsprozesse und Teamarbeit ins Zentrum der pädagogischen und didaktischen Gestaltung rücken. Dies alles wiederum setzt voraus, dass die am Schulleben beteiligten Gruppen untereinander und miteinander Gelegenheiten erhalten, Sachverhalte und Probleme, die sie alle betreffen, demokratisch zu klären und zu regeln.

Vieles von dem, was Peter Brammer damals schrieb, ist auch heute noch aktuell. Vergegenwärtigt man sich die entgegenkommenden Rahmenbedingungen, unter denen die Schulgründung damals stattfand – eine mehrjährige Planungsphase und die Möglichkeit, das Schulgebäude und die Klassenräume nach pädagogischen Gesichtspunkten zu entwerfen – dann erscheint gerade diese ausgedehnte Vorbereitung unter Einbeziehung der Eltern im Stadtteil und der dabei stattfindenden intensiven wissenschaftlichen Begleitung durch das Pädagogische Seminar als eine herausragende Besonderheit. Ja, es klingt geradezu märchenhaft, wenn die Mitgliedern des Planungsteams mit der Arbeitsgruppe von Prof. Hans-Georg Herrlitz, wissenschaftlichen Mitarbeitern und Studierenden gemeinsame Lehrveranstaltungen durchführen, um sich über curriculare, didaktische, methodische und pädagogische Fragen oder das innova-

tive Tischgruppenkonzept zu verständigen. Auch unter dieser Perspektive lohnt sich die Lektüre.

Prof. Dr. Hermann Veith
Georg-August-Universität Göttingen, Institut für Erziehungswissenschaften

Einführende Worte von Hans Martin Stimpel

Niemand konnte voraussehen, dass aus diesem „Entwurf eines Strukturplanes für die Integrierte Gesamtschule...“, der 1971 als Diplomarbeit vorlag, in Göttingen-Geismar eine Schule entstand, die – den wichtigsten im Strukturplan formulierten Zielen folgend – vier Jahrzehnte später den Deutschen Schulpreis gewann. In den Medien wurde im Jahr 2011 von ihr vielfältig berichtet – bis hin zu der euphorischen Wertung: „Göttinger IGS ist Deutschlands beste Schule“ (Göttinger Tageblatt). Der Verfasser des Strukturplanes war ab 1971 Leiter der Planungsgruppe und von 1975 bis 2002 ihr erster Schulleiter.

Es zeugte in den Jahren um 1970 von Mut und Innovationswillen, einen der vierzig in Deutschland genehmigten Gesamtschulversuche zu planen und dabei unter anderem inmitten eines mehrgliedrigen Schulsystems die Absicht anzukündigen, eine Schule zu gestalten, die – so hieß es im Strukturplan- „ihre Berechtigung nur dann glaubwürdig vertreten“ könne, wenn sie nachweist, eine „gerechtere, humanere aber auch leistungsfähigere und damit bessere Schulform zu sein als das traditionelle dreigliedrige Schulwesen.“

Die dem Strukturplan folgende Konzeption der Planungsgruppe sah eine neue Schule vor, die vor allem im Bereich der Differenzierung, der Inhalte, der Lernzielbestimmung und -kontrolle, der Mitbestimmung aller am Bildungsprozess beteiligten Gruppen sowie im Bereich des Schulbaus neue Wege gehen sollte. Vorgesehen waren von vornherein: „Ganztagsunterricht, Teamunterricht“ sowie eine „demokratische Schulverfassung“.

Es dauerte noch vier Jahre, bis der Unterricht – zunächst in angemieteten Räumen einer benachbarten Schule – im Sommer 1975 beginnen und erst 1981 vollständig in einem eigenen neu errichteten Schulgebäude in der geplanten Weise durchgeführt werden konnte.

Schon die Planungsgruppe, erst recht aber die nachfolgende Praxis, die den vorgegebenen allgemeinen Zielen im Strukturplan folgte wie der „Gleichheit der Bildungschancen“, der „Integration“ und der „Demokratisierung“, stellte an alle an diesem Reformprojekt Beteiligten hohe, bis an die Grenzen ihrer Kraft gehende Anforderungen. Aber auch die Tatsache der Verleihung des Schulpreises 2011 zeigt zugleich, dass die Schule den damals gesetzten Zielbestimmungen so weit gerecht werden konnte, wie es unter den gegebenen Bedingungen möglich war. Das hohe Engagement des Lehrerkollegiums und der Schulleitung erfuhr hierbei auch manche wertvol-

le Ergänzung und Unterstützung, von der hier nur diese genannt wird: Die intensive Begleitforschung, die unter anderem Einrichtungen wie das „Team-Kleingruppen-Modell“ und die grundlegend veränderten Formen der Evaluation in Form von differenzierten Lernentwicklungsberichten mitgestaltete.

Bedeutsam für die weitere Entwicklung war auch, dass im Schuljahr 1981/82 eine Sekundarstufe II genehmigt wurde. Für die erfolgreiche Praxis der Schule war aber vor allem die schon im Planungsentwurf angekündigte Bildung von „Fachbereichen“ statt Fächern, „Lehrerkooperation“, „konstante Lehrerteams“, „Lernen in Kleingruppen“ und die Bevorzugung innerer Differenzierung statt einer äußeren Kurs – und Leistungsdifferenzierung von zentraler Bedeutung, weiterhin die vorgesehene Projektarbeit und besonders die individuelle Förderung, die – wie es auch seit einer Diskussion im Sommer 1973 hieß- „keinen Schüler verloren gehen lassen“ sollte, auch sollte „kein Schüler ohne Abschluss die Schule verlassen.“

Die nun folgende Veröffentlichung des Strukturplanes gibt die Möglichkeit, das ursprüngliche Konzept, das Peter Brammer entwarf, mit der Entwicklung und dem gegenwärtigen Stand dieser einmaligen Schule zu vergleichen und dabei auch zu verstehen, wie weit die nachfolgende Praxis dem Planungsentwurf entsprach sowie im Laufe der Jahrzehnte Ergänzungen und Variationen erfuhr. Die Jury, die über die Vergabe des Schulpreises nach gründlicher und kompetenter Prüfung entschied, hat ihre Urteilkriterien auch mit umfangreich begründeten Begriffen wie „Leistung“, „Umgang mit Vielfalt“, „Unterrichtsqualität“ und „Verantwortung“ bezeichnet, und sie versteht die Schule als vielfältig „lernende Institution“, in der zugleich neue und erfolgreiche „Formen der Zusammenarbeit des Kollegiums“ beispielhaft verwirklicht werden.

In diese Richtung zielte bereits der folgende Planungsentwurf, der eine wichtige Basis für Arbeit und Erfolg der Georg–Christoph–Lichtenberg-Gesamtschule in Göttingen–Geismar darstellt.

Prof. Dr. Hans-Martin Stimpel

Lehrte von 1954 bis 1991 an der Pädagogische Hochschule Niedersachsen,

Abt. Göttingen

Einführung von Peter Brammer

„Man muss etwas Neues machen, um etwas Neues zu sehen.“

Georg Christoph Lichtenberg

Diesen Aphorismus haben wir Anfang 1974 für die erste Elterninformationsbroschüre ausgewählt, noch mit der hoffnungsvollen und von Zweckoptimismus geleiteten Ankündigung, dass der Unterricht mit dem neuen Schuljahr im Sommer 1974 aufgenommen wird.

Die Schullandschaft hat sich in der alten Bundesrepublik jahrzehntelang wenig bewegt, sie schwamm, bildlich gesprochen, wie eine Glaskugel im Strom einer sich immer wieder verändernden Gesellschaft mit, sie ließ sich treiben, ohne selbst bedeutsame Anstrengungen zu unternehmen, Veränderungen aktiv und aus sich heraus mitzugestalten. Das war auch nicht gewünscht. Die Schule wurde von oben nach unten, vertikal, verwaltet. Der Glaube an eine überdurchschnittliche Qualität, auch im internationalen Vergleich, war gesellschafts- und parteipolitisch, von Seiten der Bildungspolitik und von großen Teilen der Bildungswissenschaften internalisierter Bestandteil einer gemeinsamen Doktrin. Die Aufnahme von Schulversuchen mit Gesamtschulen Ende der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre in einigen Bundesländern, die zurückgeht auf eine Empfehlung der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates über die „Einrichtung von Schulversuchen mit Gesamtschulen“ von 1969, war zwar ein bedeutsamer Anstoß für Schulreformmaßnahmen, hat zunächst aber an der vorherrschenden Akzeptanz des gegliederten Schulsystems wenig geändert.

Erst internationale Vergleichsuntersuchungen konnten diese viele Jahrzehnte gepflegten Glaubenssätze erschüttern. Mit der Veröffentlichung der ersten großen PISA – Vergleichsuntersuchung im Dezember 2001, erst als das deutsche Gymnasium im internationalen Vergleich in die Kritik geriet, machte sich im Bildungsbürgertum, in den Parteien und Verbänden eine Verunsicherung breit, die einen hektischen allseitigen Aktionismus auslöste. Ein neuer Leitbegriff wurde geboren: „Paradigmenwechsel“, auch wenn die öffentliche Diskussion zunächst über die Guten und die Bösen, die Schlaunen und die Dummen, den Süden und den Norden geführt wurde, weniger aber über die Ursachen der möglichen Schwächen des deutschen Bildungssystems.

Schulgesetze wurden novelliert, die „Eigenverantwortliche Schule“, die „Selbstständige Schule“, Schulprogramme und Schulleitbilder, Qualitätskontrollen, eine ver-

änderte Schulaufsicht, neue Schulleitungskonzepte wurden gefordert und schulrechtlich verankert.

Schulstrukturen, die über Jahrzehnte in sich stabil und weitgehend unangefochten waren, können aber in einer demokratischen Gesellschaft nicht in kurzer Zeit grundsätzlich verändert werden. Mit anderen Worten: Reformen erstrecken sich in demokratischen Gesellschaften über lange Zeiträume, nicht in Legislaturperioden, sie vollziehen sich vielmehr in „Wellenbewegungen“: Restaurative Phasen werden von reformorientierten Phasen abgelöst.

Für Niedersachsen können wir sagen, dass eine reformorientierte Phase erst wieder 1991 mit Beginn der Regierung unter Ministerpräsident Gerhard Schröder und den Kultusministern Rolf Wernstedt und Renate Jürgens – Pieper einsetzte, sich mit dem Wechsel in der Landesregierung 2003 abschwächte und in einigen Bereichen neu ausrichtete, aber doch, bis zum erneuten Regierungswechsel 2013, in gebremster Form. Mit dem Regierungswechsel 2013 ist wieder eine mehr reformorientierte Ausrichtung der Schulpolitik zu beobachten.

Neugründungen von Gesamtschulen, eine Verbesserung ihrer rechtlichen Stellung, eine landesweite Qualitätsinitiative, Leitbildentwicklung und Schulprogramme, Eigenverantwortliche/Selbstständige Schule, Verlässliche Grundschule, Personalentwicklung, zentrale Standards, Zentralabitur, G 8 oder G 9, eine veränderte Schulaufsicht, Inklusion, Oberschule sowie Lehrerarbeitszeit sind wohl die wichtigsten Stichworte, die diesen Prozess in den letzten Jahren charakterisieren. In der niedersächsischen Schullandschaft ist also vieles in Bewegung, politisch und administrativ vorgegeben – aber durch das Konzept der Eigenverantwortlichen Schule mit der Chance ausgestattet, vor allem die Prozesse der inneren Schulreform durch die Schulen selbst zu gestalten, durch Schulleitungen, Lehrer, Schüler und Eltern und auch durch die Schulträger.

Es setzt sich allmählich die Erkenntnis durch, dass ein administratives Korsett, bestehend aus Erlassen, Verordnungen, Gesetzesvorschriften und einer hierarchisch sich verstehenden Schulaufsicht kein geeigneter Nährboden für Reformprozesse ist.

Innovative Schulreformprozesse brauchen vielmehr einen „Freiraum“, eine unterstützende Atmosphäre, abgesichert durch einen institutionellen Rahmen, der innovative Entwicklungen begleitet und auch honoriert, aber nicht administrativ verordnet.

Eine Wettbewerbssituation unter den Schulen um die beste Ausbildung, die besten Förderkonzepte für alle Kinder, ein gutes und lernförderndes Schulklima, ein Wettbewerb um reichhaltige und vielseitige Bildungsangebote, also um die beste pädagogische Praxis und um eine exzellente Schul- und Ausbildungsqualität sowie eine fun-

dierte Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte sind eine weitere zentrale Impulsquelle für eine positive Schulentwicklung. Wir können diese positive und innovative Auswirkung von Wettbewerb durch vergleichende Studien von Schullandschaften mit und ohne Wettbewerbssituation unter den Schulen eindrucksvoll belegen. Eine standortnahe Konkurrenz im gymnasialen Bereich oder eine innovative, schulreformorientierte Wettbewerbssituation beispielsweise durch eine Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe verbessert die Schul- und Ausbildungsqualität einer Schullandschaft einer Region nachhaltig.

Dem Konzept der „Eigenverantwortlichen Schule“ werden aber durch den Artikel 7 GG („Das gesamte Schulwesen steht unter Aufsicht des Staates“) Grenzen gesetzt. Der Staat kann und darf seine Verantwortung für die Schulen nicht abgeben, er kann und sollte aber Frei – und Entwicklungsräume, er sollte „Freiheit für neues Denken“ zulassen.

Ein von manchen Schulen und auch gelegentlich von Bildungspolitikern geforderter Paradigmenwechsel von einer vertikalen zu einer uneingeschränkten horizontalen Entscheidungsebene, also zu einer völligen Selbstbestimmung und Gestaltungsfreiheit auf der Schulebene, ist schlicht eine irrelevante Forderung, sie ist mit dem GG nicht vereinbar.

Eine neue Verantwortungskultur wird sich aber sukzessiv in einem diagonal verlaufenden Prozess einpendeln, in einem Kräftespiel zwischen staatlicher Kontrolle und Aufsicht und lokalen, schulbezogenen Freiräumen, wellenförmig und unter den föderalen Bedingungen der Länderzuständigkeit mit unterschiedlicher Ausprägung.

Wir können aber feststellen, dass die heute im Rahmen der Eigenverantwortlichen Schule möglichen Freiräume an vielen Schulen zu differenzierten, an die jeweilige Schulsituation angepassten innovativen Schulentwicklungsprozessen geführt haben.

Richten wir unseren Blick nun auf die Schulkonzeptentwicklung für die IGS Göttingen- Geismar. Sie war in der tatsächlich praktizierten Form nur möglich, weil in einem Zeitraum von vier bis fünf Jahren, von 1970 bis 1975, die damalige Landespolitik den handelnden Akteuren einen großen Freiraum zugestanden hat, losgelöst und befreit von vielen üblichen administrativen Bindungen und Vorgaben. Sie hat die Zügel losgelassen, von Vertrauen nicht nur geredet, sondern Vertrauen auch praktiziert. Auch in Göttingen haben einige reformorientierte Schulplaner diese Chance aufgegriffen, aus heutiger Sicht jugendlich unbekümmert, aber mit einer klaren Vision, der Vision einer schüler-, eltern- und lehrerfreundlichen, sozial gerechten Schule mit einem hohen Qualitätsanspruch. Wir hatten die Idee eines ganzheitlichen Schüler- und Menschenbildes mit seinen vielfältigen kognitiven, ästhetischen, sozialen und politi-

schen Dimensionen, von einem ganzheitlichen Curriculum, das die Aufsplitterung in Fächer durch Fachbereiche eingrenzt, von einer Schule, die einem inneren Konkurrenzdruck entgegenwirkt durch einen Verzicht auf Nichtversetzung, Ziffernzensuren und Aufteilung in ein „Unten“ und ein „Oben“.

Die Schulkonzeptentwicklung für die IGS Göttingen-Geismar war zugleich, das können wir heute festhalten, sowohl von ihrer inhaltlichen, pädagogischen, didaktischen und methodischen Ausrichtung als auch strukturell unter dem Aspekt der Schulsystemproblematik ein Vorgriff auf eine bildungs- und schulpolitische Entwicklung, die in Deutschland erst mit der Jahrtausendwende, also drei Jahrzehnte später, einsetzte. Das ab 1970 entworfene Schulkonzept war visionär, aber durchaus nicht illusionistisch. Es hat eine Schulentwicklung exemplarisch vorgezeichnet, die vierzig Jahre später mit dem Deutschen Schulpreis ausgezeichnet wurde als „Bester Schule Deutschlands 2011“.

Den „Entwurf eines Strukturplanes für eine integrierte Gesamtschule der Sekundarstufe“ (Diplomarbeit) vom Dezember 1971 sowie den „Entwurf eines Strukturplanes für das Gesamtschulprojekt Göttingen- Geismar“ (Schulkonzept als Beschlussvorlage für den damaligen Schulträger, den Landkreis Göttingen sowie für die Genehmigung der Planungsgruppe durch das Kultusministerium) vom Oktober 1970, die wir heute in Buchform vorlegen, waren nicht nur die ersten Konzeptentwürfe, sondern zugleich auch einzige inhaltliche Grundlage für die ersten entscheidenden politischen Beschlüsse und Genehmigungen des Schulprojektes.

Der vorliegende Text ist eine wortgetreue Abschrift der Originalfassungen. Lediglich die Rechtschreibung wurde an die neuen Regeln angepasst.

Der Konzeptentwurf wurde bis 1975 von der Planungsgruppe für die Gesamtschule in Göttingen-Geismar und ab 1975 von der Schulleitung und vom Kollegium, von Eltern, Schülern, der wissenschaftlichen Begleitung und vielen Freunden und Förderern des Schulprojektes fortgeschrieben und weiterentwickelt.

Dass die IGS in Göttingen-Geismar im Sommer 1975 ihren Unterricht mit sechs 5. Klassen aufnehmen und vor allem in der Zeit zwischen 1976 und 1991 ihr Konzept trotz vieler Klippen und Stromschnellen bewahren konnte, hat auch mit vielen glücklichen Zufällen zu tun, mit den lokalen Gegebenheiten und Standortbedingungen und natürlich mit den handelnden Personen.

Aus heutiger Sicht ist die vor mehr als vier Jahrzehnten verfasste Diplomarbeit ein bildungspolitisch und schulhistorisch originäres Dokument, das wir aus der Vergessenheit und vor dem Vergessen durch diese Veröffentlichung wieder ans Licht hervorholen möchten. Die Arbeit wurde von Prof. Marin Stimpel von der damaligen Pä-

dagogischen Hochschule in Göttingen betreut, einem vorzüglichen Kenner innovativer Schulentwicklung und des schwedischen Schulsystems. Herr Prof. Stimpel hat mich wiederholt zu dieser Veröffentlichung ermuntert und auch ein Vorwort geschrieben. Sie ist gedacht als ein bildungspolitisches und pädagogisches Belegstück für ehemalige, heutige und zukünftige Schülerinnen und Schüler, für deren Eltern, für Kolleginnen und Kollegen, für bildungs- und schulpolitisch interessierte Göttinger und natürlich auch für Studentinnen und Studenten des Lehramtes, die sich mit innovativer Schulentwicklung beschäftigen.

Peter Brammer

**Entwurf eines Strukturplanes
für die integrierte Gesamtschule der Sekundarstufe I
- konkretisiert an einem Planungsbeispiel –**

Diplomarbeit
zur Erlangung des Diploms in den Erziehungswissenschaften

vorgelegt von
Peter Brammer,
34 Göttingen, Helmoltstraße 3

Göttingen, Dezember 1971